

II-1625 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 933 J

1991-04-22

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Dolinschek, Moser, Mag. Haupt
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Zwangsarbeit österreichischer Kriegsgefangener

Die Republik Österreich hat im Staatsvertrag von Wien in den Artikeln 23 und 24 auf alle Ansprüche österreichischer Staatsbürger gegenüber Deutschland und den aliierten Mächten verzichtet. Dieser Verzicht gilt unter anderem auch für den Arbeitslohn, der laut Genfer Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen für die Zwangsarbeit der österreichischen Heimkehrer zu bezahlen gewesen wäre.

Eine zeitgenössische Abhandlung (Grimeisen, Die Forderungsbe rechtigten aus dem Österreichischen Staatsvertrag) leitet daraus selbstverständlich ab: "Österreich wird seine Staatsangehörigen im Rahmen dieser Verzichtserklärung zu entschädigen haben."

Eine derartige Entschädigung wurde bisher von der Republik Österreich an die Betroffenen jedoch nicht geleistet; dadurch wurde sozusagen auf Kosten einer Bevölkerungsgruppe der Staatsvertrag abgeschlossen, ohne für einen innerstaatlichen Ausgleich dieser Belastung zu sorgen.

Der Heimkehrerverband Österreichs bemüht sich seit Jahrzehnten, eine entsprechende Entschädigungsleistung an die Heimkehrer zu erreichen, wird jedoch von den jeweiligen Regierungsmitgliedern hingehalten. Der Bundeskanzler hat auf eine entsprechende Anfrage (226/J) geantwortet, der Bundesminister für Finanzen sei sachlich für diesen Problemkreis zuständig. Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehende

A n f r a g e :

1. Sind Sie grundsätzlich der Ansicht, daß der Verzicht der Republik Österreich auf Forderungen einzelner Staatsbürger innerstaatlich derart ausgeglichen werden muß, daß für den einzelnen Betroffenen kein Schaden entsteht?
2. Wenn ja, welche Maßnahmen werden Sie setzen, um den betroffenen Heimkehrern doch noch eine Entschädigung für ihre Zwangarbeit zukommen zu lassen?
3. Werden Sie einen Gesetzesentwurf ausarbeiten lassen, der eine entsprechende Abgeltung für die Betroffenen vorsieht?